Ausland

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **12 (1920)**

Heft 10

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

wenn zu diesen Arbeiten nur ein kleinerer Teil der Arbeiter verwendet und nur die unumgänglich nötige Zeit, höchstens drei in die Tageszeit fallende Stunden, in Anspruch genommen wird.

Volkswirtschaft.

Kriegsgewinnsteuer. Der Bundesrat hat auf Grund der unbeschränkten Vollmachten den Satz der Kriegsgewinnsteuer pro 1920 von 35 auf 20 % reduziert, das steuerfreie Betreffnis von 6 auf 8% erhöht und zudem beschlossen, dass der 20 %ige Zuschlag in den Arbeitslosenfonds in Wegfall komme, da der Fonds alles in allem auf hundert Millionen Franken angestiegen sei.

Dieser Beschluss liegt wohl im Interesse der Kriegs- und Nachkriegsgewinnler, nicht aber in dem der arbeitenden Bevölkerung.

Wenn schon eine weitere Aeufnung des Arbeitslosenfonds vielleicht keine Notwendigkeit ist, so sollte einmal dafür gesorgt werden, dass dieser Fonds seinem Zweck nicht entfremdet wird durch Subventionierung des Wohnungsbaues. Anderseits wäre bei der Neuordnung der Kriegssteuerfrage der rechte Moment gewesen, an Stelle des Zuschlages für den Arbeitslosenfonds einen solchen für die Subventionierung des Wohnungsbaues zu erheben. Schreien doch die Zustände nachgerade zum Himmel.

Statt dessen brütet eine Expertenkommission seit sechs Monaten einen Plan aus, wie die Unternehmer zu Beiträgen für den Wohnungsbau herangezogen werden können, ohne aber zu irgendwelchem praktischem Resultat zu kommen, weil eben niemand zahlen will und weil, wenn schliesslich doch eine «Einigung» erzielt wird, die Beiträge so gering sind und der Eingang der Gelder so langwierig ist, dass praktisch nichts herauskommt und die «Steuer» kaum die Spesen decken wird. Das nennt man dann «weitschauende» und «grosszügige» Steuerpolitik.

Notizen.

Moskau-Amsterdam. Unser Augustartikel unter diesem Titel wurde im «Basler Vorwärts» von H. Bobst in drei Artikeln glossiert. Die Bobstschen Verdrehungen veranlassten uns zu einer kurzgefassten Antwort, die sowohl von der Redaktion wie von Bobst selber in langen Ausführungen kommentiert wurde. Wir haben natürlich Wichtigeres zu tun, als uns mit dem Demagogen Bobst in den Zeitungen herumzubalgen, insbesondere als eine sachliche Diskussion mit ihm aussichtslos ist, und wir erklären daher ein für allemal, dass wir uns in eine Diskussion mit ihm unter keinen Umständen mehr einlassen werden. Zum Schluss erklären wir auch die neuaufgewärmte Behauptung, wonach der Unterzeichnete den Streik als ein Landesunglück bezeichnete, als eine blöde Verdrehung.

Karl Dürr.

Ein Bannstrahl der Kirche. Die Bischöfe der Schweiz haben in einem sogenannten Bettagsmandat gegen die Arbeiterbewegung Stellung genommen. Der Wortlaut der bischöflichen Weisung ist uns noch nicht bekannt. Inhaltlich soll sie darauf hinausgehen, denen, die der Lehre des Sozialismus anhängen, die Kommunion zu verweigern.

Es sollen Ausnahmen zulässig sein, wenn besondere Gründe vorliegen, aber es wird verlangt, dass die Betreffenden sich vorher mit dem Pfarrer verständigen. Der Ansturm des Klerus gilt natürlich nicht nur der Partei, sondern auch den Gewerkschaften; ja, es darf angenommen werden, dass er von den christlichen Gewerkschaften ausgeht, die auf diese Weise ihrer Propaganda für die Sache der Arbeiterzersplitterung auf die Beine helfen wollen.

Grossen Erfolg wird die Hetze trotz des scharfen Geschützes, das aufgefahren wird, nicht haben, sowenig wie die verschiedenen Enzykliken der Päpste, die von Zeit zu Zeit losgelassen wurden; sie ist nur ein Beweis mehr, wie wenig wahres Christentum an den Bischofssitzen und in den Pfarrhäusern zu finden ist.

Der Gewerkschaftsbund wird Gelegenheit nehmen, die inneren Gründe, die zu dem neuesten «Hirtenbrief» geführt haben, aufzudecken.

Ausland.

Oesterreich. *Die österreichischen Gewerkschaften im Jahr 1919.* b. In ausführlicher Weise berichtet die «Gewerkschaft» über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften Deutschösterreichs im Jahr 1919. Von sechseinhalb Millionen Menschen, die Deutschösterreich bevölkern, sind 772,146 Mitglieder der Gewerkschaften, genau 12 %. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Mitgliederzahlen um 359,236, somit um 87,01 % erhöht. Der Mitgliederbestand ist dreimal so hoch als im Jahr 1914, obwohl das damalige Organisationsgebiet dem heutigen um ein vielfaches überlegen war. Von den Mitgliedern waren 578,983 oder 74,98 % Männer, 193,163 oder 25,02 % Frauen. Die Gesamtzahl der angeschlossenen Verbände beträgt 62 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 7 vermehrt, obwohl infolge Verschmelzung die Brauerei- und Porzellanarbeiter ausschieden. Neu aufgenommen wurden die Advokatur- und Notariatsbeamten, Bank- und Sparkassenbeamten, Industrieangestellte, öffentliche Angestellte, Technische Union, Telegraphen und Telephon, Hausgehilfinnen und Friseure, also meist Berufe, deren Anschluss in der Schweiz wohl noch in recht weiter Ferne steht. Die Mitgliederzunahme der einzelnen Verbände ist keine einheitliche; den prozentual grössten Aufschwung verzeichnen die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter: ihre Mitgliederzahl stieg von 753 auf 30,133. Ihnen folgen die Gärtner, von 145 auf 2195, die Gastwirtgehilfen, von 2845 auf 28,088, die Zimmerleute, von 988 auf 5358, die Gemeindebediensteten Graz, von 258 auf 1182, die Metzger, von 818 auf 3615, und die Ziegeleiarbeiter, von 771 auf 3296. Infolge der besondern Verteilung der Industrie verloren durch den Umsturz die Bergarbeiter, Glasarbeiter und Tabakarbeiter 20 bis 40 % ihrer Mitglieder, die nun in den Sukzessionsstaaten organisiert sind.

Die *finanziellen Verhältnisse* sind ausserordentlich erfreulich. Die *Gesamteinnahmen* aller Verbände betragen Kr. 29,261,457.49, so viel wie 1911, 1912 und 1913 zusammengenommen. Von diesem Betrag entfallen auf die ordentlichen Beiträge Kr. 24,477,000.—. Weitaus die grösste Einnahme weisen die Metallarbeiter mit Kr. 9,176,000.— auf; es folgen die Buchdrucker mit Kr. 2,883,000.—, die Eisenbahner mit Kr. 2,183,000.—, die Handels- und Transportarbeiter mit Kr. 2,150,000.—, während die übrigen Verbände unter zwei Millionen bleiben. Die *Gesamtausgaben* betragen Kr. 20,702,713 17 Heller, wovon auf Unterstützungen (ohne Streiks) Kr. 3,748,416.94 entfallen. Den Hauptanteil verschlang die Arbeitslosenunterstützung mit Kr. 2,151,463.58 oder 10,39 % der Gesamtausgaben, sodann die Notfallunterstützungen mit Kr. 492,761.28 oder 2,39 %. Die Unterstützungen betragen insgesamt 18,10 % der Ausgaben. Infolge der Teuerung sind die Verwaltungskosten sehr hohe: die persönlichen belaufen sich auf Kr. 4,040,961

10 Heller, d. s. 19,52% der Ausgaben: die sachlichen auf Kr. 2,675,110.41 oder 12,92 %. Die Fachorgane verbrauchten Kr. 2,776,228.12 oder 13,42 %, Agitations- und Organisationskosten Kr. 2,870,551.09 oder 13,87 %.

Pro Kopf berechnet, ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von Kr. 25.71 auf Kr. 37.89. Die Ausgaben betragen Kr. 26.81 pro Kopf gegenüber Kr. 22.76 im Vorjahr. Auf Unterstützungen entfallen Kr. 5.14 pro Kopf gegen Kr. 5.95 im Vorjahr.

Das *Gesamtvermögen* der angeschlossenen Verbände beläuft sich auf Kr. 32,219,000.— gegen Kr. 18,713,000.— am Ende des Vorjahres. Pro Kopf ergibt dies Kr. 41.72 gegen Kr. 45.32 im Vorjahr. In diesen Summen sind freilich die Widerstands(Streiks)fonds, die separat geführt werden, nicht inbegriffen. Die Metallarbeiter haben natürlich den Löwenanteil mit Kronen 9.254,000; die Bankbeamten haben Kr. 3,775,000, die Eisenbahner Kr. 2,327,000, die übrigen Verbände unter zwei Millionen. Ueber 100,000 Kronen Vermögen haben 34 Verbände.

Die Verbände haben 51 deutsche *Fachblätter* mit einer Gesamtauflage von 848,650 Exemplaren gegen 368,650 im Vorjahr heraus. Infolge der Papiernot und der teuren Druckkosten erscheinen nur 9 Blätter wöchentlich, 25 vierzehntäglich oder zweimal monatlich, 2 dreimal monatlich und 16 einmal monatlich.

Wenn wir die gewaltige Arbeit, die sich in den vorstehenden Zahlen abspiegelt, übersehen, so können wir aus vollem Herzen den Worten des Berichterstatters, Genossen Hueber, zustimmen, wenn er sagt:

« Ueber alle Erwartungen ist es gelungen, den Gedanken der Gewerkschaftsbewegung sowohl in den Kreisen der Arbeiterschaft wie auch in jenen der uns bisher noch fernstehenden Angestellten zu verankern... Der gewaltige Aufschwung der Gewerkschaften beweist aber auch, dass die Arbeiter und Angestellten in der Zeit der grössten wirtschaftlichen Not ihre einzige Hoffnung in die Kraft der Gewerkschaften setzten. und die Gewerkschaften das ihnen in so grossem Masse entgegengebrachte Vertrauen vollauf gewürdigt haben.» Nach einer Feststellung, dass leider die wirtschaftlichen Aussichten des kleinen österreichischen Rumpfstaates derartige sind, dass als einzige Hoffnung der Anschluss an Deutschland übrig bleibt, schliesst Genosse Hueber seinen Bericht mit den Worten:

« In der Zeit der schwersten wirtschaftlichen Bedrängnis haben sich die Gewerkschaften immer als der sicherste Fels erwiesen, auf dem die Arbeiter und Angestellten auch in Zukunft mit Erfolg für ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen werden. Nunmehr wollen wir daran schreiten, die Gewerkschaften noch mehr zu festigen. Es gilt, die auf organisatorischem, wirtschaftlichem und sozialistischem Gebiet errungenen Erfolge zu einem unbestrittenen Besitz der Arbeiter und Angestellten zu gestalten, trotz alledem. »

Böhmen. *Die deutschen Gewerkschaften in der tschechoslowakischen Republik.* b. Ende Juli fand in Turn bei Teplitz der erste Gewerkschaftskongress der deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei statt, der von 123 Delegierten, die 348,070 organisierte Arbeiter vertraten, beschickt war. Die unglücklichen nationalen Verhältnisse der alten Habsburgermonarchie bewirken, dass die Kraft des Proletariats der Tschechoslowakei sich nicht einheitlich auswirken kann, so dass neben den nahezu 800,000 organisierten tschechischen Kollegen die Deutschen ihre separaten Verbände besitzen. Es war denn auch einer der Hauptberatungsgegenstände, wie eine *Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung* möglich sei. Eine angenommene Resolution erklärt, dass die deutschen Gewerkschafter auf der Selbständigkeit ihrer Verbände beharren, jedoch bereit seien, mit den tschechischen Genossen eine Art Koalition mit einer gemeinsamen Exekutive zu bilden. Ob sich die tschechischen Genossen mit dieser Lösung einverstanden erklären werden, ist noch fraglich, auf alle Fälle aber hat doch der Turner Kongress wieder die Frage der gemeinsamen Arbeit aufgerollt, und wir hoffen im Interesse des Proletariats der Tschechoslowakei, dass es in absehbarer Zeit doch zu einer Verschmelzung der zersplitterten Kräfte kommt.

Dem Bericht des Sekretariats ist zu entnehmen, dass die angeschlossenen Verbände im Jahre 1919 7,655,118 K. Einnahmen und 4,781,805 K. Ausgaben aufwiesen. Der Vermögensstand der bestehenden 22 Verbände betrug auf Jahresschluss 7,745,893 K. Es werden 22 Fachblätter mit einer Gesamtauflage von 313,368 Exemplaren herausgegeben. 1919 wurden 1979 Lohnbewegungen und 104 Streiks geführt und 1442 Lohnverträge abgeschlossen.

Im weitern Verlauf der Verhandlungen wurde beschlossen, die Zentrale als «Deutschen Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei» zu bezeichnen. Die Beiträge an den Gewerkschaftsbund werden mit 6 Heller pro Mitglied und Woche, für jene Verbände, die Monatsbeiträge haben, mit 27 Heller pro Monat festgesetzt. Den Mittelpunkt der Diskussion zu diesem Punkt der Tagesordnung bildete die Frage der *Betriebsorganisation.* Der Kongress beschäftigte sich sodann mit dem Problem der *Sozialisierung,* worüber die Genossen Schäfer-Reichenberg und Umbreit-Berlin referierten. Als Ergebnis der Referate und der Diskussion wurde eine längere Resolution angenommen, die feststellt, dass unter dem Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht die durch den Weltkrieg geschlagenen Wunden geheilt werden können, sondern nur durch den Sozialismus. Das Werk der Umgestaltung der Wirtschaftsverfassung in sozialistischem Sinne ist schrittweise und planmässig zu vollbringen. Schon heute kann aber mit der Sozialisierung begonnen werden, weil in den wichtigsten Arbeitszweigen und Industrien bereits die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Als ersten dringendsten Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Wirtschaft streben die Gewerkschafter die *Demokratie in den Betrieben* an. Sie fordern weitgehendes Mitbestimmungsrecht in allen Zweigen der Produktion und die Einführung von Betriebsräten. Der Gewerkschaftskongress erwartet von den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterschaft, dass sie mit allem Nachdruck die gesetzliche Einführung der Betriebsräte verlangen; sollte dies nicht durch das Parlament zu erreichen sein, so müssen sie auf gewerkschaftlichem Wege erkämpft werden. Da diese Frage auch die tschechischen Arbeiter berührt, erwartet der Kongress auch von den tschechischen Kollegen, dass sie sich mit aller Kraft für die Einführung des Betriebsrätegestezes einsetzen. (Dies ist bereits geschehen und die gesetzliche Einführung dürfte in der nächsten Zeit erfolgen. Bemerkung des Korrespondenten.)

Im weitern wurde noch eine Resolution über den Ausbau der Sozialgesetzgebung und eine Reihe anderer Fragen beschlossen. Alles in allem hat der Gewerkschaftskongress während seiner viertägigen Tagung gewiss eine sehr erspriessliche Arbeit geleistet.

Literatur.

Der in seinem fünfundvierzigsten Jahrgang vorliegende **Neue-Welt-Kalender** für das Jahr 1921 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Cie. in Hamburg) ist erschienen. Der Preis des Kalenders beträgt 2,25 M. Dazu der ortsübliche Teuerungszuschlag für den Buchhändler.